

MITTLINKS ^{März} 1/10

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

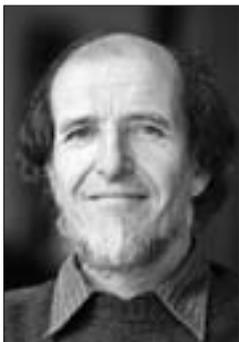
DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



hier kommt wie versprochen die dritte Ausgabe unserer kleinen Fraktionsbroschüre. Wieder berichten wir über einige „Baustellen“ im Bezirk.

Geprägt ist die Zeit der Redaktionsarbeit von den Auswirkungen des Spar- und Privatisierungswahns auf den Hamburger Straßen: Plötzlich und vollkommen unerwartet ist es Winter geworden, es fiel Schnee, und er tau-te nicht sofort wieder weg. Jetzt zeigt sich, dass offenbar niemand mehr damit gerechnet hat. Privatleute erinnern sich nur noch dunkel an ihre Streupflicht, die Stadt gar nicht mehr. Zumindest auf Fuß- und Radwegen. Dafür sind nach dem Willen des Senats die Bezirke zuständig, die ihrerseits (aus Geldmangel, oder weil es ideologisch passt?) Privatfirmen mit dem Räum- und Streudienst beauftragt haben.

Und diese Firmen sind offenbar weder willens noch in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das beklagt Herr von Beust beim Presseball, aber dann gehen doch noch Wochen ins Land, bevor nach einem „Krisengipfel“ (unzureichend) gehandelt wird. Man hoffte offenbar auf Tauwetter. Manchem mag es piefig erscheinen, aber diese Geschichte ist ein Beispiel dafür, was es bedeutet, wenn der Staat sich ideologisch motiviert aus der Daseinsvorsorge für seine BürgerInnen zurückzieht beziehungsweise seine Aufgabenerfüllung der betriebswirtschaftlichen Rechenweise unterwirft. Mögen sich die Menschen doch die Knochen brechen – Hauptsache die betriebswirtschaftliche Rechnung stimmt. Hier muss dringend umgesteuert werden!

DIE LINKE wird weiter in Bürgerschaft und Bezirksversammlung genau das einfordern. Der Markt richtet keineswegs alles und privat heißt eben nicht besser, sondern profitorientiert.

Zum Thema Sparwahn auf Kosten der öffentlichen Infrastruktur lesen Sie auch den Artikel „Bankenrettung“ und den Kommentar zur Zusammenlegung der Feuerwachen in Finkenwerder und Süderelbe.

Mit freundlichem Gruß,

Bernhard Stietz-Leipnitz

Abgeordneter aus St. Georg, Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Ein-Euro-Jobs im Landschafts- und Gartenbau	3	Was macht eigentlich - der Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung?...11	
Von Ronald Wilken		Von Bernhard Stietz-Leipnitz	
Ein Schwules Jugendzentrum für Hamburg-Mitte?	5	Linke Opposition wirkt: Mietensicherung für Wohlwillstraße 30-34.....	12
Von Olaf Harms		Von Markus Schneider-Johnen	
Pavillondorf Mattkamp: Flüchtlinge und Obdachlose unerwünscht?	7	Bernhard-Nocht-Quartier: Bezirksver- sammlung will sich nicht festlegen	14
Von Renate Hercher-Reis		Von Bernhard Stietz-Leipnitz	
Bezirklicher Naturschutz: Fachamt fehlt Fachkenntnis.....	9	Bankenrettung	15
Von Rudolf Sergel		Von Sandra Clemens	
CDU will „Synergien“ auf Kosten der Sicherheit - für eine eigenständige Feuerwache für Finkenwerder	10	Bürgers Alpdruck	17
Von Kerstin Fremder-Sauerbeck		Von Erich Mühsam	
		Wer macht was?	18

Zusätzlich? Freiwillig?

Ein-Euro-Jobs im Landschafts- und Gartenbau

Hartz IV verstößt m. E. mehrfach gegen das Grundgesetz. Unter anderem gegen Artikel 1 (Menschenwürde) und Artikel 12 (freie Berufswahl). Hiernach haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Freiheit bedeutet, über Art und Weise der beruflichen Tätigkeit selbst zu entscheiden. Dieses Recht wird hier beschnitten. Eine freie Wahl und eine freie Entscheidung sehen anders aus. Die Realität ist eine andere. Es sind die Ein-Euro-Jobs, die oftmals unter Androhung von Sanktionen ausgeübt werden und die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichten.

Ein-Euro-Jobs
halten niemanden
über Wasser.

Fotos:
pixelio,
Rainer Sturm



Aber wie sieht es eigentlich im Bezirk Mitte aus? Welche Schneiden der Verwüstung haben die „Arbeitsmarktreformen“ vor der eigenen Haustür geschlagen? Dieser Frage sind wir im Bereich Landschafts- und Gartenbau einmal konkret nachgegangen. Unsere Fraktion hat durch mehrere Anfragen (und Nachfragen) an die Verwaltung des Bezirksamts Hamburg-Mitte das bestätigt bekommen, was sie vermutet hat: Es gibt kaum noch regulär Beschäftigte im Garten- und Landschaftsbau, genauer gesagt: Von den 92 Beschäftigten üben 83 Personen einen so genannten Ein-Euro-Job aus. Das ist nicht nur ein Skandal, sondern auch mittelstandsfeindlich.

Das bestätigte kürzlich der Fachverband des Garten- und Landschaftsbaus Hamburg e.V. in einem persönlichen Schreiben an mich, in dem er uns mitteilt, dass auch er diese Arbeitsplätze als feindlich für den Mittelstand betrachte, da hier indirekt auf den ersten Arbeitsmarkt eingegriffen werde.

Zynisch, wer bei 83 Beschäftigten von „Zusätzlichkeit“ spricht. Hier werden ganz offensichtlich reguläre Arbeitsplätze vernichtet. Dazu passen die Angaben der Verwaltung, was die „Parkumgestaltungen“ in unserem Bezirk betrifft: Das Grün soll möglichst so zurückgeschnitten werden, dass der Pflegeaufwand zurückgefahren wird, damit auch ungelernte Kräfte die Parkpflege bewältigen können.

Vergessen werden darf auch nicht, dass wohl kaum jeder Ein-Euro-Jobber seine Tätigkeit freiwillig ausübt. Die einen sehen sich durch ihre schwierige finanzielle Lage gezwungen, jeden Job anzunehmen, auch wenn er noch so schlecht bezahlt ist.

Andere wiederum bekommen direkten Druck von der ARGE, die bei Ablehnung eines Ein-Euro-Jobs mit Sanktionen droht. Sanktionen bedeuten weniger Geld und weniger Geld bedeutet für die Betroffenen häufig, dass sie früher oder später ihre Wohnung verlieren. Dies ist mit dem Artikel 1. des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ nicht zu vereinbaren.

Aus diesem Grunde haben wir uns übrigens für ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen eingesetzt, fanden dafür aber keine Zustimmung bei den anderen Fraktionen (siehe MITTLINKS 11/09). Wir sind ganz klar dagegen, dass Menschen dazu gezwungen werden, einen Job anzunehmen ohne jegliche Perspektive und zu vollkommen inakzeptabler Bezahlung. Wir fordern die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit Löhnen, von denen ein Mensch leben kann.

Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg!

Ronald Wilken, Bezirksabgeordneter aus Wilhelmsburg

Ein schwules Jugendzentrum für Hamburg-Mitte?

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL auf Landesebene wurde vereinbart, dass die Einrichtung eines schwulen Jugendzentrums geprüft werden solle. Dieses war die Basis des Antrags der Koalition in Hamburg-Mitte, bestehend aus SPD und GAL an die Bezirksversammlung: Sollte ein solches Jugendzentrum eingerichtet werden, dann im Bezirk Mitte. Dieses vor allem vor dem Hintergrund, dass sich die schwule Szene im Wesentlichen auch in Mitte aufhält. Die CDU wollte mit einem eigenen Antrag übertrumpfen. Sie wollte nunmehr ein schwul-lesbisches Jugendzentrum im Bezirk haben. Die Bezirksversammlung nahm den Antrag von Rosa-Grün an, den Antrag der CDU lehnte sie ab. Daraufhin beantragte die CDU eine öffentliche Anhörung zum Thema. Diese Anhörung führte der Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit (SIG) zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss durch. Es nahmen VertreterInnen der wichtigsten Einrichtungen teil, unter anderen von der Justizbehörde, von der Arbeitsstelle Vielfalt, vom Lesbenverein Intervention und vom Magnus-Hirschfeld-Zentrum (beide mit landesweiten Mitteln gefördert). Aber auch Vertreter von Pro Familia und eine Vertreterin aus dem Bereich der Lehrerfortbildung nahmen teil.

Die Anhörung war gut besucht und brachte es dank der anwesenden Experten und Expertinnen auf den Punkt: Ein gemischtes Jugendzentrum wurde nicht be-

6 fürwortet, da die Interessen der Jugendlichen geschlechtsspezifisch sind. Zudem würden die in Frage kommenden Jugendlichen einen Standort mitten in der Szene nicht annehmen.

Darüber hinaus befürchtete ein Teil der ExpertInnen, dass die Einrichtung eines schwulen Jugendzentrums im Bezirk Mitte bei den ohnehin nur sehr spärlich fließenden landesweiten Mitteln zu Lasten der bestehenden Einrichtungen gehen würde. Zwar teilte hier die Vertreterin der Arbeitstelle Vielfalt mit, dass die vorhandenen Haushaltstitel und deren finanzielle Ausstattung auch in den vom Senat geplanten Konsolidierungsmaßnahmen nicht für die Jahre 2010 und 2011 angetastet würden. Hinsichtlich einer Verlagerung von Titeln machte sie jedoch keine Aussage.

Für DIE LINKE ist klar, dass die Bildung eines schwulen Jugendzentrums auf keinen Fall zu Lasten bestehender Einrichtungen gehen darf, im Gegenteil, zunächst müssen die bestehenden Institutionen stärker finanziell gefördert werden, damit die Arbeit mit Jugendlichen nicht nur ein Feigenblatt darstellt. Deshalb forderte DIE LINKE die rosa-grüne Koalition auf, ihren Antrag entsprechend mit diesem Inhalt zu ergänzen, was jedoch abgelehnt wurde. Knapp einen Monat später, im Februar 2010, wertete der Ausschuss SIG die durchgeführte Anhörung aus. Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, dass ein neu zu bildendes schwules Jugendzentrum nicht zu Lasten bestehender Einrichtungen gehen darf.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich auch weiterhin für Lesben, Schwule, Transgender und andere einsetzen, damit die gesellschaftliche Diskriminierung und Ächtung ersetzt wird durch gegenseitige Akzeptanz. Dafür ist ein langer Atem vonnöten.

Olaf Harms (DKP), Mitglied der Bezirksfraktion DIE LINKE

Pavillondorf Mattkamp: Flüchtlinge und Obdachlose unerwünscht?

Sieht doch von außen ganz nett aus ... das ist der Eindruck, den man gewinnen könnte, wenn man das so genannte Pavillondorf am Mattkamp in Billstedt von außen besichtigt. Das relativiert sich allerdings, schaut man hinter die Kulissen des alltäglichen Lebens und in die Wohnwirklichkeit der Pavillons selbst.

Jeder Pavillon verfügt über zwei Stockwerke. Jedes Stockwerk ist mit sechs Zweibetträumen à 15m², einer Gemeinschaftsküche mit zwei Herden und einem Kühlschrank sowie Sanitärräumen bestehend aus zwei Toiletten und einem Gemeinschaftsduschraum ausgestattet.

Im Moment leben dort 364 Menschen, obwohl offiziell nur 360 Plätze zur Verfügung stehen. Die Mehrheit dieser BewohnerInnen kommt und kam aus Krisenregionen dieser Welt und hatte sich hier Hilfe erhofft. Nun erhalten sie immer wieder nur eine so genannte Duldung. Das hindert sie häufig daran, eine normale Mietwohnung zu bekommen. Mittlerweile harren ganze Familien unter solchen Umständen bereits länger als sechs Jahre aus. Skandalös ist, dass auch vier unbegleitete Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren im Pavillondorf wohnen. Eine weitere, größere Gruppe von BewohnerInnen bilden 107 obdachlose, allein stehende Menschen. In der Bau- und Betriebsgenehmigung, die vor circa 17 Jahren erteilt wurde, sind hierfür 48 Plätze ausgewiesen.

Alle diese Informationen erhielten wir, die Mitglieder des Regionalausschusses Billstedt, weil wir auf einen Antrag der SPD und GAL im Unterausschuss Bau Billstedt stießen, der den Abbau der Hälfte der Pavillons bis zum 31.3.2010 forderte. Dieser Bau-Ausschuss tagt nicht öffentlich. Und da dieser beschlossene Antrag anschließend statt in der Bezirksversammlung im Hauptausschuss, der auch nicht wirklich öffentlich ist, bestätigt wurde, machte sich bei uns Neugier über die Hintergründe und auch Misstrauen breit. Vor allem die Begründung machte uns stutzig. Da hieß es, dass Billstedt sowieso mit Einrichtungen dieser Art überlastet sei und die Fläche wieder aufgeforstet werden sollte. Kein Wort wurde darüber verloren, wo denn die dort lebenden Menschen bleiben sollen. Verstärkt durch weitere BillstedterInnen zogen wir vorab Erkundigungen ein und beantragten dann eine öffentliche Diskussion im Regionalausschuss.



Foto:
Renate
Hercher-Reis

Die Diskussion brachte das an den Tag, was wir schon teilweise selbst erforscht und befürchtet hatten. Es ist nämlich nicht nur die Unterbringung der Menschen, die unzumutbar ist, sondern auch und insbesondere die fehlende oder spärliche soziale Betreuung. Von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr sind so genannte Sozialmanager der verwaltenden Institution f&w (fördern & wohnen) – übrigens eine Institution der öffentlichen Verwaltung der Stadt Hamburg – vor Ort, die aber nur verweisende Hilfe geben. Will heißen, die Hilfesuchenden bekommen Adressen oder Telefonnummern in die Hand gedrückt und müssen dann sehen, was sie damit anfangen. Zwei Stunden in der Woche ist ein/e Mitarbeiter/in der BSU-Fachstelle zur Beratung vor Ort. Im besten Fall haben die Hilfesuchenden eine knappe Viertelstunde, um ihre Anliegen vorzutragen.

8 Die Fachstelle ist es auch, die die wenigen Wohnungsangebote verwaltet und verteilt. Die Behörde hat zwar einen Kooperationsvertrag mit einigen Wohnungsfirmen, die angestrebten Vermietungen können aber nicht erreicht werden, weil die Firmen ihre Zusagen nicht einhalten. Ein Kontingent von insgesamt 1.200 Wohnungen pro Jahr war angestrebt. Aber nur die GWG hat ihre gemachten Zusagen bisher eingehalten. Die SAGA mit dem größten Angebot an Sozialwohnungen in dieser Stadt hat offensichtlich andere Prioritäten.

Inzwischen ist bekannt, dass die Sozialbehörde dem beschlossenen Antrag nicht nachkommen wird. Die f&w hat sich selbst auferlegt, die Zahl der obdachlosen Menschen bis Ende April 2010 auf die genehmigte Zahl von 48 Obdachlosen zu senken. Wie sie das bewerkstelligen will und ob sie die Menschen einfach wieder auf die Straße schickt, wurde dabei nicht erläutert. Was aus den Menschen mit der Dauerduldung wird, konnte leider auch nicht geklärt werden. Man hatte eher das Gefühl von allgemeinem Achselzucken.

Wir denken, es darf nicht sein, dass auf Seiten der Behörden offensichtlich keinerlei Pläne bestehen, wie man den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen kann.

Wir bleiben dran ...

Renate Hercher-Reis, Bezirksabgeordnete im Regionalausschuss Billstedt

Bezirklicher Naturschutz: Fachamt fehlt Fachkenntnis

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2010 zum Jahr der biologischen Vielfalt erklärt. Wie ist es eigentlich im Bezirk Mitte um diese Vielfalt bestellt? In Mitte gibt es circa 600 Hektar Grünflächen, davon entfallen etwa 400 Hektar auf reine Parkanlagen. Diese erfüllen einerseits wichtige ökologische Funktionen für das Stadtklima und als Orte biologischer Vielfalt. Andererseits werden sie seit Generationen von BesucherInnen dicht besiedelter Stadtteile zu allen Jahreszeiten als Erholungs- und Erlebnisräume genutzt.

In letzter Zeit hat sich der Umgang der Stadt mit Grünflächen deutlich verändert: AnwohnerInnen und BesucherInnen werden immer häufiger mit Hauen und Sägen, dem Schlagen von Sichtschneisen und verschiedenen Umgestaltungen bestehender Flächen konfrontiert. Oft rufen diese Maßnahmen heftige Diskussionen und Unmut hervor. Aktuelle Beispiele derartiger „Umgestaltungen“ finden sich im Blohms Park, im Hammer Park, im Schleemer Park, in der Grünanlage Kaltenbergen oder in den Wilhelmsburger Flächen für die Internationale Gartenausstellung.

Dort fällt man sogar weit über 2000 Bäume - und das zum Teil ohne Genehmigung oder außerhalb der gesetzlichen Fällzeiten. 9

Wie wenig heute Überlegungen zu ökologischen Funktionen von Grünflächen im Bezirk eine Rolle spielen, lässt sich exemplarisch auch an diesem Vorgang vorführen: Im letzten Jahr hat das Fachamt „Management des öffentlichen Raums“ des Bezirksamtes Mitte hochwüchsige Pappeln in Uferzonen der Glinder Au gepflanzt. Dieses Gewässer durchfließt eine Grünfläche bei Mümmelmannsberg. Die ökologisch bedeutsamen Uferzonen sind nach Paragraf 28 des hamburgischen Naturschutzgesetzes und nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie gesetzlich geschützte Biotope, die durch die hochwüchsigen Bäume verändert und entwertet worden wären. Auf meine Intervention hin teilte das „Fach“amt mit, bei ihnen hätte es niemand gegeben, der sich mit den gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Zuständigkeiten ausgekannt hätte. Kurzerhand erklärte das Amt sich bereit, die Bäume wieder auszugraben und umzupflanzen. Das gleiche Amt hat übrigens kürzlich SchülerInnen zum Baumfällen in den Blohms Park geschickt. Im Hammer Park musste dichtes Buschwerk einem neuen Eingang weichen, obwohl auf der gleichen Seite bereits einer vorhanden ist. (MITTLINKS 11/09)



Derartige Blüten mangelnder fachlicher Qualifikation treibt die Situation in den Ämtern nach Jahren der gewollten Zerlegung der alten Umweltbehörde und parallel dazu der eigenen bezirklichen Naturschutzdezernate unter den früheren CDU-Schill- und CDU-Senaten im Rahmen der „Wachsenden Stadt“. Dass Umweltschutzaspekte hierbei als eher lästig angesehen wurden, hat der vormalige Wirtschaftssenator Uldall mit seiner berüchtigten Rede auf dem Elysee-Forum 2004 über „Umweltschutz als Wachstumsbremse“ geradezu historisch belegt, womit er sich unter Fachleuten als Anhänger eines fossilen, vorgestrigen Wirtschaftsverständnis outete.

Es ist fünf vor zwölf- auch in Mitte! Wissenschaftliche Schätzungen gehen meist von einem derzeitigen globalen Verlust von cirka 150-200 Arten pro Tag aus. Diese starke Verminderung der Biodiversität ist kein rein akademisches oder philanthropisches Thema von Käfer- oder Schmetterlingssammlern, sondern berührt auch handfeste Interessen des Menschen: Die Ökosysteme der Erde stellen mit Kohlendioxidbindung, Nahrungsmittel- und Forstproduktion, medizinisch nutzbaren Wirkstoffen, Bereitstellung der Biomedien Wasser, Böden, Luft und Erholungsräumen Dienstleistungen zur Verfügung, deren Geldwert mit 30 Billionen Euro pro Jahr auf ein Mehrfaches des weltweiten Sozialproduktes geschätzt wird. Und diese Leistungen werden nicht abstrakt erbracht, sondern sind über biologische Arten organisiert.

10 Zusammen mit Naturschutzverbänden fordern wir das Bezirksamt im „Jahr der Biodiversität“ auf, mit qualifizierten Konzepten einen nachhaltigen Schutz und Erhalt der biologischen Artenressourcen auch in Mitte sicherzustellen, damit der Name „Umwelthauptstadt“ nicht weiterhin ad absurdum geführt wird!

Rudolf Sergel, parteilos, zugewählter Bürger für DIE LINKE im Ausschuss für Verkehr und Umwelt

CDU will „Synergien“ auf Kosten der Sicherheit – für eine eigenständige Feuerwache für Finkenwerder



Noch gibt es sie:
Die Finkenwerder
Feuerwache

Foto:
Kerstin Fremder-Sauerbeck

Der Regionalausschuss Finkenwerder hatte für seine Sitzung am 9. Februar um eine Sachverhaltsdarstellung zur von der Innenbehörde geplanten Zusammenlegung der Feuerwachen 35 (Finkenwerder) und 36 (Süderelbe) gebeten.

Kurzfristig sagte die Behörde aus „terminlichen und fachlichen“ Gründen ab, dafür erläuterte Herr Lloyd von der CDU die neue Haltung seiner Fraktion, die kurz gefasst so lautet: Egal wo, eine neue Wache anstelle der bestehenden beiden sei eine akzeptable Lösung.

Das ist eine Haltung, die für DIE LINKE wie auch SPD und GAL nicht akzeptabel ist. Zurzeit findet ein internes Gezerre um den Standort der einen neuen Wache statt, bei dem entweder Süderelbe oder Finkenwerder verliert. Das kann nicht sein. Die Be-

völkerung von Finkenwerder – und die von Süderelbe! – braucht eine eigenständige Feuerwache, die ortsnah gelegen ist, um auf kurzen Wegen schnell eingreifen zu können. Eine entfernte Wache, die noch dazu für beide Gebiete sowie Teile des Hafens zuständig wäre, würde die Sicherheit der Menschen erheblich beeinträchtigen. Vom Arbeitsplatzabbau und zusätzlichen Stress für die Feuerwehrleute mal ganz abgesehen.

Besonders aber ist die Verachtung der Behörde für die Belange der BürgerInnen zu kritisieren. Es ist aufs Schärfste zu verurteilen, dass die Sorgen und Ängste der BürgerInnen von der Behörde unter Führung von Herrn Ahlhaus (CDU) schlicht ignoriert werden. Offenbar interessiert sich dieser Senat nicht mehr für seine Kernaufgaben, sondern nur noch für betriebswirtschaftliche Synergieeffekte. Da wird dann auch mal schnell eine örtliche CDU auf Linie gebracht.

Kerstin Fremder-Sauerbeck, zugewählte Bürgerin für DIE LINKE im Regionalausschuss Finkenwerder

Was macht eigentlich – der Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung?

„Der Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung (WS-Ausschuss) ist für die Sanierungsgebiete und die Gebiete der Aktiven Stadtteilentwicklung im Bezirk sowie für Wohnungsangelegenheiten zuständig. Die Sanierungs- und Stadtteilbeiräte richten ihre Empfehlungen an den WS-Ausschuss.

In den Sitzungen werden alle stadtentwicklungspolitischen Themen behandelt. Der Ausschuss ist bemüht, dabei selbst auch strategische Initiativen zu ergreifen oder solche der Bezirksversammlung zu begleiten und zu befördern. Er ist deshalb auch der erste Ansprechpartner für die gewählten Beiräte in den Stadtteilen. Der Ausschuss tagt daher immer wieder direkt in den Stadtteilen, um vor Ort als Ansprechpartner für die engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürger unmittelbar erreichbar zu sein.“ (Beschreibung im Internet auf Hamburg.de)

In der Tat, der WS-Ausschuss fungiert als übergeordnetes Gremium zu den Beiräten in den Stadtteilen. Alle Empfehlungen, die in den Beteiligungsgremien (Stadtteilbeiräte, Stadtteilräte, Quartiersbeiräte, Sanierungsbeiräte) im Bezirk verabschiedet werden, wandern jedoch zunächst über die Schreibtische im Amt für Stadt- und Landschaftsplanung (SL) und dann mit einer Verwaltungsempfehlung in diesen Ausschuss. Diese Empfehlung weicht manchmal deutlich vom Willen des Beteiligungsgremiums ab, so dass DIE LINKE, wenn sie den Bürgerwillen unterstützen will, gegen die

- 12 Verwaltungsempfehlung stimmen muss. Leider steht immer nur diese zur Abstimmung, nicht das Ursprungsbegehren. Dies hat schon öfter zu Missverständnissen in den Stadtteilen geführt. Beispiel: Die St. GeorgerInnen wollten an der Auswahl „ihres“ Quartiersentwicklers beteiligt sein, die Verwaltung lehnte das wegen rechtlicher Bedenken ab. Also stimmte DIE LINKE gegen die Verwaltungsempfehlung und musste dann im Stadtteil erklären, wieso sie die Bürgerbeteiligung abgelehnt habe.

Im Großen und Ganzen kann aber festgestellt werden, dass die Begehren aus den Stadtteilen meist unterstützt werden können und an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden – entweder direkt an die Verwaltung, den zuständigen Ausschuss oder an die Bezirksversammlung.

Der WS-Ausschuss verfügt übrigens über kein eigenes Budget. Er wacht aber über die Ausgaben der Quartiers- und Stadtteilbeiräte, die eigene Mittel für Projekte im Stadtteil vergeben können.

Der Ausschuss tagt öffentlich im Regelfall am dritten Dienstag im Monat um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksversammlung, Klosterwall 4, 1. Stock, außer in Schulferienzeiten.

Mehr unter:

<http://www.hamburg.de/fachausschuesse/885900/ausschuss-wohnen-stadtentwicklung.html>

Bernhard Stietz-Leipnitz, Bezirksabgeordneter aus St. Georg im WS-Ausschuss

LINKE Opposition wirkt: Mieten-sicherung für Wohlwillstraße 30-34!

Köhler & von Bargen – diese Namen lösen auf St. Pauli äußerst negative Emotionen aus: Wie Geier stürzen diese Investoren sich auf Häuser in unserem Viertel und kaufen sie auf. Besonders berüchtigtes Beispiel: der Kauf zahlreicher Häuser und Grundstücke auf der Bernhard-Nocht- und der Erichstraße, wo sie das „Bernhard-Nocht-Quartier“ errichten wollen. Kaum Notiz genommen hat die Öffentlichkeit hingegen vom Kauf der Häuser Wohlwillstraße 30-34, die schon seit Jahren verfallen und von daher sanierungsbedürftig sind. Bereits im Mai 2009 stimmte der Sanierungsbeirat Wohlwillstraße geschlossen mit Ausnahme der LINKEN Vertreterin für die Modernisierungsplanung und für die Aufstockung des Gebäudes Nr. 34 um ein Vollgeschoss.

Obwohl es auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, für die Modernisierung und für ein weiteres Geschoss im Gebäude 34 zu stimmen, lehnte DIE LINKE diese Pla-

nung in den zuständigen Ausschüssen auf Bezirksebene ab. Der Grund: Es gab keine verbindliche Zusage des Investors, ob er für die Gebäude tatsächlich öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen würde, was eine Mietpreis- und Belegungsbindung zur Folge hätte. Zudem wollte Herr Köhler sich erstmal nicht festlegen, ob bei der Aufstockung eine Miet- oder Eigentumswohnung entstehen sollte. Als die Bezirkskoalition aus SPD und GAL mit dem Widerstand der LINKEN konfrontiert wurde, nahm sie Abstand von dem ursprünglichen Vorhaben, dieses Bauprojekt noch schnell vor der Sommerpause durchzuwinken und beantragte eine Vertagung.

Aufgrund unseres Drucks aus der Opposition heraus wurden die Verhandlungen mit dem Investor konkretisiert. Erst als feststand, dass es sich bei allen Wohnungen in den betroffenen Gebäuden um Mietwohnungen mit Mietpreisbindung handeln werde, haben auch wir dem Antrag zugestimmt. Im Kampf gegen die Verdrängung einkommensschwächerer Menschen aus St. Pauli sind die hier errungenen Zugeständnisse erfreulich. Äußerst ärgerlich ist jedoch, dass der Leiter des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung, Michael Mathe, im Nachhinein eingestehen musste, den Fraktionen eine Fehlinformation gegeben zu haben: Hieß es zunächst von Fachamtsseite, dass alle Wohnungen in dem Haus in die WK-Förderung integriert seien, stellte sich eine Sitzung später heraus, dass der Mietpreis für die Wohnung in dem neuen Geschoss nun doch keiner Mietpreisbindung unterliegt. Im Protokoll des WS-Ausschusses heißt es: „Dass zugleich Dachgeschossanbau freifinanziert erfolge, sei nach den Förderrichtlinien möglich und gängige Praxis.“ Hätte Michael Mathe als Fachkundiger des Fachamtes uns rechtzeitig sachkundig informiert, hätte DIE LINKE gegen die neue hochpreisige Maisonettewohnung im neuen Geschoss gestimmt, während SPD und Grüne schließlich betonten, hiermit kein Problem zu haben. Trotzdem freuen wir uns mit den sonstigen MieterInnen der Häuser, dass ihre Wohnungen instand gesetzt werden und die Miete zumindest befristet mit 5,05 Euro pro Quadratmeter relativ günstig bleibt. Fazit: LINKE Opposition wirkt! Hoffentlich immer öfter.

Markus Schneider-Johnen, zugewählter Einwohner St Paulis im Ausschuss für Wohnen und Soziale Stadtentwicklung

14 **Bernhard-Nocht-Quartier: Bezirksversammlung will sich nicht festlegen**



Quelle: No BNQ
Webseite

Für die Sitzung der Bezirksversammlung in Hamburg Mitte am 21. Januar hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, der zum Ziel hatte, die Absprachen und Zugeständnisse der Investoren Köhler & von Barga für das Projekt Bernhard-Nocht-Quartier (BNQ, siehe auch MITTLINKS 11/09) politisch einzufordern und zu bekräftigen.

Wohlgedenkt, nur das, was Konsens der Parteien unter den geltenden Rahmenbedingungen zu sein schien. (Die Vorstellungen der LINKEN stimmen eher mit den Ideen der NO-BNQ-Initiative überein: Erhalt und behutsame Modernisierung aller Wohngebäude, Neubau allenfalls im sozialen

Wohnungsbau und möglichst mit Baugenossenschaft(en), Beteiligung der Bewohner und Anwohner an den Planungen, gemeinsame Nutzung von Teilen des Geländes und der Gebäude durch die Anwohner. Mehr dazu unter: <http://www.no-bnq.org/>).

Die Parteien von GAL bis FDP erklärten, das sei alles von ihnen so mit dem Investor vereinbart und DIE LINKE habe gar nichts dazu beigetragen ... Außerdem habe die Presse schon über die Vereinbarungen berichtet und wenn etwas in der Zeitung stehe, sei es in Stein gemeißelt ... und unisono wurde der Antrag der LINKEN abgelehnt.

Wir meinen, dass die Frage offen bleibt, was Zugeständnisse und Zusagen wert sind, die im stillen Kämmerlein beim Bezirksamtsleiter gemacht wurden und bisher allenfalls teilweise eingehalten wurden. Die Lebenserfahrung lehrt, dass das Gewinninteresse so genannter Investoren allemal wichtiger ist als irgendwelche Ide-

en von BürgerInnen oder gar deren soziale Belange. Wenn dann nicht einmal die minimalen Erfolge aus den Gesprächen offen und nachhaltig politisch bekräftigt werden, dann soll bitte niemand weinen, wenn er anschließend vom Investor am Nasenring durch die Manege geführt wird. Wir teilen das Urvertrauen der anderen Parteien in die Verlässlichkeit von Investoren nicht.

Schade auch, dass politische Entscheidungen im Bezirk Mitte immer öfter unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen und nicht offensiv vertreten werden. Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Betroffenen sehen anders aus.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Abgeordneter aus St. Georg, für DIE LINKE im Bauausschuss

Bankenrettung



Foto: Sandra Clemens

Psst ... ich bin's deine Bank. Oft läufst du achtlos an mir vorbei, dabei bin ich ganz schön wichtig. Na ja, im Moment liege ich unter einer kalten Schnee- und Eisdecke. Wenn ich aber keinen Winterschlaf halte, habe ich ein ganz schön bewegtes Leben und bekomme eine Menge mit. Ich bin für alle Menschen da, in schönen und in schwierigen Momenten.

Im Sommer sitzen Liebespaare auf mir, die ihr erstes Rendezvous bei mir erle-

16 ben. Manchmal treffen sich ältere Menschen bei mir zum Klönschnack. Was ich dann alles für Geschichten aus alten Zeiten höre, sehr bewegend! Und dann kommen die Hundebesitzer mit ihren Waldis und Wuffis. Mit denen geht es ganz schön laut und turbulent zu. Zu meinen Gästen gehören auch obdachlose Menschen, die auf mir übernachten, weil sie eben kein Bett zuhause haben. Das stimmt mich dann traurig. Ja, und gefeiert wird bei mir auch. Manchmal sind es Jugendliche, die sich vor einer Partynacht bei mir treffen, dann sind es wieder Menschen, die aus der Bahn geraten sind und mit Alkohol ihre Sorgen für kurze Zeit vergessen wollen. Da ihnen die Anlauf- und Beratungsstellen zunehmend fehlen, bin ich manchmal ihr Treffpunkt.

Ich habe viele Kumpel im Bezirk, doch in letzter Zeit werden es immer weniger. Einige Bankfreunde wurden einfach abmontiert. Warum, fragte ich mich und erfuhr dann, dass dies teilweise geschah, weil einige von uns zu abgenutzt und kaputt waren. Wieder andere mussten einem Kita-Gelände weichen oder passten nicht in ein neues Parkkonzept. Sehr froh war ich, als einige meiner Freunde repariert worden waren und im neuen Glanz wieder an ihren alten Plätzen standen. Das war ein freudiges Wiedersehen. Doch einige Kumpel dürfen nicht weiterleben. Einige werden nicht wieder aufgebaut, weil es angeblich kein Geld für sie gibt. Komisch, werden für andere Banken nicht gerade Millionen ausgegeben? Andere Kumpel von mir dürfen nicht wieder an ihren Platz zurück, weil es Beschwerden von Anwohnern gegeben haben soll, ich denke, weil auch sie Treffpunkt einiger Menschen waren, die durchs System gefallen sind und sich nicht mehr so verhalten, wie manche Nachbarn es gern hätten. Die Verwaltung machte kurzen Prozess mit meinen Bankfreunden, wie ich erfuhr: „Die zwei Bänke am Wanderweg zwischen Rauhes Haus und Hammer Kirche wurden auf Grund von Beschwerden der Bewohner im Horner Weg abgebaut. Ein Ersatz ist nicht vorgesehen.“ (Drucksache 19/27/10). Ich kann sagen, das führte zu einem Aufschrei in der Bankenszene, weil die anderen Gäste nun auch nicht mehr kommen können. Die toten Kumpel waren ja schließlich für alle Menschen im Bezirk da. Ihr Menschen kennt doch so ein Lied, von Solidarität und so – heißt es da nicht: „Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich.“ Denkt mal drüber nach. Bevor ihr mit euren Beschwerden bei der Verwaltung für weiteres Bankensterben sorgt, lassen sich bestimmt andere Lösungen finden. In diesem Sinne,

deine Bank

Sandra Clemens, Bezirksabgeordnete aus Hamm, im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Bürgers Alpdruck

»Was sinnst du, Bürger, bleich und welk?
Hält dich ein Spuk zum Narren?
Nachtschlafend hörst du im Gebälk
den Totenkäfer scharren.
Er wühlt und bohrt, gräbt und rumort,
und seine Beine tasten
um Säcke und um Kasten.

Horch, Bürger, horch! Der Käfer läuft.
Er kratzt ans Hauptbuch eilig.
Nichts, was du schwitzend aufgehäuft,
ist seinen Fühlern heilig.
Der Käfer rennt. Der Bürger flennt.
In bangen Angstgedanken
fühlt er die Erde wanken.

Ja, Bürger, ja – die Erde bebt.
Es wackelt deine Habe.
Was du geliebt, was du erstrebt,
das rasselt jetzt zu Grabe.
Aus Dur wird Moll, aus Haben Soll.
Erst fallen die Devisen,
dann fällst du selbst zu diesen.

Verzweifelt schießt die Bürgerwehr
das Volk zu Brei und Klumpen.
Ein Toter produziert nichts mehr,
und nichts langt nicht zum Pumpen.
Wo kein Kredit, da kein Profit.
Wo kein Profit, da enden
Weltlust und Dividenden.

Hörst, Bürger, du den Totenwurm?
Er fährt durch Holz und Steine,
und sein Geraschel weckt zum Sturm
des Leichenvolks Gebeine.
Ein Totentanz macht Schlußbilanz
und schickt dich in die Binsen
samt Kapital und Zinsen.«
(aus „der Sammlung“ 1898–1928)

Erich Mühsam, 6. April 1878 – 10. Juli 1934

Erich Mühsam war führend beteiligt an der anarchistischen Münchener Räterepublik und verbrachte danach mehrere Jahre in Festungshaft. In der Weimarer Republik kämpfte er in der Roten Hilfe für die Freilassung politischer Gefangener. Am 10. Juli 1934 wurde er im Konzentrationslager Oranienburg ermordet.

Wer macht was? DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte

Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)	stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de 24 57 40
Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)	christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de 43 99 672
Sandra Clemens	sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de 0175 740 79 09
Olaf Harms (DKP)	olaf_harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28 57 69 08
Renate Hercher-Reis	renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de 700 120 33
Ronald Wilken	RonaldC@linksfraktion-hamburg-mitte.de 754 55 85
Tilman Rosenau (Geschäftsführer)	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de 28 57 69 08

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle.

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Yusuf Baskan

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Manfred Schubert

Ständige Vertreterin: Renate Hercher-Reis

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Ronald Wilken, Tony Schinkowski

Ständige Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen

Ausschuss für Haushalt, Kultur, regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis, Olaf Harms

Ständige Vertreter: Tilman Rosenau, Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Verkehr und Umwelt

Ronald Wilken, Rudolf Sergel

Ständige Vertreterinnen: Renate Hercher-Reis, Sophie Friese

Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung

Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen

Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit

Christine Detamble-Voss (Vorsitzende), Manfred Schubert

Ständige Vertreter: Olaf Harms, Uwe Böhm

Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Sandra Clemens, Volker Honold

Ausschuss für Management des öffentlichen Raumes (Zentralausschuss)

Christine Detamble-Voss, Steffen Leipzig

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipzig, Kerstin Fremder-Sauerbeck

Ständiger Vertreter: Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder (und Waltershof)

Kerstin Fremder-Sauerbeck

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Ronald Wilken, Christine Wolfram

Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel

Renate Hercher-Reis (Vorsitzende)

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmansberg

Renate Hercher-Reis, Uwe Böhm

ständiger Vertreter: Willi Mittelstedt

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/ Mümmelmansberg

Thomas Homann

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Sandra Clemens, Marion Fisch

Ständige Vertreterin: Heike Wokon

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde

Tony Schinkowski

Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Billstedt/Mümmelmansberg

Orhan Buluktemur

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6/Berta-Kröger-Platz

Christine Wolfram

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S 5 Südl. Reiherstiegviertel

Jörg von Prondzinski

Sanierungsbeirat St. Pauli-Nord S 3 Karolinenviertel Ost

Marut Perle; Vertretung: Beate Rau

Sanierungsbeirat St. Pauli S 5 Wohlwillstraße

Holger Knorr; Vertreterin: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort

Bernhard Stietz-Leipzig

Stadtteilrat Veddel

Stefan Dührkop

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte

Bernhard Stietz-Leipzig; Vertreterin:Renate Twardzik

Quartiersbeirat Münzviertel

Bernhard Stietz-Leipzig; Vertreter: Steffen Leipzig

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg

Manfred Schubert

Forumsbeirat Billstedt/Horn

Willi Mittelstedt

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

DIE LINKE.

**Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte**

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte.

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

März 2010, Auflage: 1000

Satz und Layout: drucktechnik

Fotobearbeitung: Matthias Krüttgen

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.